

ifo Institut: Corona wird Deutschland Hunderte von Milliarden Euro kosten

München, 23. März 2020 - Das Coronavirus wird Deutschlands Wirtschaft Hunderte von Milliarden Euro Produktionsausfälle beschern, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in die Höhe schießen lassen und den Staatshaushalt erheblich belasten. Das haben aktuelle Berechnungen des ifo Instituts ergeben. „Die Kosten werden voraussichtlich alles übersteigen, was aus Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bekannt ist“, sagt ifo-Präsident Clemens Fuest. „Je nach Szenario schrumpft die Wirtschaft um 7,2 bis 20,6 Prozentpunkte. Das entspricht Kosten von 255 bis 729 Milliarden Euro.“

„Es lohnt sich daher, quasi jeden denkbaren Betrag für gesundheitspolitische Maßnahmen einzusetzen. Ziel muss es sein, die Teilschließung der Wirtschaft zu verkürzen, ohne die Bekämpfung der Epidemie zu beeinträchtigen“, sagt Fuest. „Strategien sind erforderlich, die es erlauben, eine Wiederaufnahme der Produktion mit einer weiteren Eindämmung der Epidemie zu verbinden.“

„Wenn die Wirtschaft zwei Monate lang teilweise stillsteht, entstehen Kosten je nach Szenario zwischen 255 und 495 Milliarden Euro. Die Wirtschaftsleistung schrumpft dann im Jahr um 7,2 bis 11,2 Prozentpunkte“, sagt Fuest. Unterstellt ist dabei im besten Szenario, dass die Wirtschaftsleistung für zwei Monate auf 59,6 Prozent zurückgeht, sich im dritten Monat wieder auf 79,8 Prozent erholt und schließlich im vierten Monat wieder 100 Prozent erreicht. „Bei drei Monaten Teilschließung erreichen die Kosten bereits 354 bis 729 Milliarden Euro, das sind 10,0 bis 20,6 Prozentpunkte Wachstumsverlust“, sagt Fuest.

Eine einzige Woche Verlängerung der Teilschließung verursacht den ifo-Berechnungen zufolge zusätzliche Kosten von 25 bis 57 Milliarden Euro und damit einen Rückgang des Wachstums um 0,7 bis 1,6 Prozentpunkte. Eine Verlängerung von einem auf zwei Monate erhöht die Kosten bis zu 230 Milliarden Euro oder 6,5 Prozentpunkte Wachstum.

„Auch am Arbeitsmarkt kommt es durch die Krise zu massiven Verwerfungen. Diese stellen die Zustände auf dem Höhepunkt der Finanzkrise in den Schatten“, sagt Fuest. In den vom ifo betrachteten Szenarien könnten bis zu 1,8 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze (oder 1,4 Millionen Vollzeitjobs) abgebaut werden und mehr als sechs Millionen Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen sein.

Ohne Berücksichtigung der umfangreichen geplanten Bürgschaften und Kredite sowie eventueller europäischer Rettungsschirme werden die öffentlichen Haushalte um bis zu 200 Milliarden Euro belastet. „Für eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung sind die Mindereinnahmen bei den Steuern und Mehrausgaben insbesondere für Transfers aber erwünscht und notwendig“, sagt Fuest.